

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Bezugshälften und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich (incl. Post) 2,50 M. (halbjährlich 12,50 M.), durch die Post bezogen monatlich 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft, b. D. Dresden-Alt / Geschäftsstelle u. Expedition: Wilsdrufferstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postfach: Dresden Nr. 18690, Dresdner Verlagsgesellschaft / Schiffsleitung: Dresden-Alt, Wilsdrufferstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtnachricht: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwoch 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

4. Jahrgang Dresden, Dienstag den 4. September 1928 Nummer 207

## An die sozialdemokratischen Arbeiter!

### Klassengenossen!

Die Kommunistische Partei hat den Volksentscheid gegen den Bau des Panzerkreuzers A eingeleitet. Im ganzen Reich hat dieser Schritt einen starken Widerhall gefunden. Mit Empörung haben sich die Arbeiter gegen den Beschluß des Reichstags vom 10. August, den Panzerkreuzer in Bau zu geben, gemeldet.

Auch ihr sozialdemokratische Klassengenossen habt eurer Empörung Ausdruck gegeben. Stillsitzend habt ihr die Rückgängigmachung des Beschlusses, den Aufruf eurer Minister aus der Regierung gefordert. Zum Teil forderten eure Genossen den Ausschluß eurer Minister, die Einleitung oder Beteiligung am Volksentscheid.

Eure Führer hier in Sachsen, die Hermann Fleißner, Oel, Toni Sander haben, eurer kämpferischen Entrüstung nachgebend, scheinbar in diese einstimmend, tadeltate Worte der Entrüstung gegen die Minister gefunden.

Um euch zu beruhigen, wurde der Parteiausschluß einberufen. Man sagte dort einen Beschluß, der das Verhalten der Minister miltig, aber — sonst bleibt alles beim alten.

Die Koalition mit den Bürgerlichen wird fortgesetzt. Die Minister bleiben auf ihren Posten und Hermann Müller, der hauptverantwortliche Reichstagskanzler, bleibt Vorsitzender eurer Partei.

Die von euch geforderte Einberufung eines Parteitag wurde abgelehnt. Der Parteiausschluß lehnte aber auch einen Antrag Löbes ab, der forderte, daß keine weiteren Raten mehr bewilligt werden sollten.

Damit hatte der Parteivorstand, hatten die Minister, trotz der gelindesten Rüge, die man nur zu eurer Verhöhnung aussprach, schon praktisch einen vollen Sieg errungen.

### Die Panzerkreuzerpolitik ist Trumpf und wird es bleiben!

Euch wollte man erzählen, es handele sich um einen Fehler eurer Minister, diese hätten geglaubt, sie seien verpflichtet, einen bestehenden Beschluß durchzuführen. Nein, es handelte sich nicht um einen Fehler einzelner, sondern um eine Maßnahme, die zusammenhängt mit der Koalitionspolitik, mit dem Ringen für die Imperialisten. Wer die Koalitionspolitik will, der muß auch die Schlussfolgerungen daraus ziehen.

So erklärten denn auch Paul Levi, Fleißner und sogar Breitscheid, daß man bei Eingehen der Koalitionsregierung gemerkt habe, daß man auch den Panzerkreuzer mit in Kauf nehmen müsse.

Wenige Tage nach dem Parteiausschluß machte Breitscheid, der Vorsitzende eurer Reichstagsfraktion, in der Presse folgendes Geständnis:

„Es stand von Anfang an fest, daß Zentrum, Deutsche und Bayerische Volkspartei den Bau der Schiffe wollten und keine Ablehnung im Kabinett mit dem Austritt aus der Regierung beantwortet würde. . . . Kein Mitglied der Reichstagsfraktion das dem Gang der Verhandlungen über die Regierungsbildung aus nächster Nähe gefolgt war, dürfte sich in diesem Punkte irgendwelcher Illusionen hingeben. Zudem wir uns zum Eintritt in die Regierung bereit erklärten, nahmen wir den Panzerkreuzer A in Kauf.“

Damit wird von Breitscheid klar zugegeben, daß die sozialdemokratischen Führer wußten, daß sie in der Koalition nur die Interessen der Imperialisten wahrnehmen konnten.

Wenige Tage zuvor hatte ja auch schon Hermann Müller in einer von der gesamten sozialdemokratischen Fraktion gebilligten Regierungserklärung die Aufrüstung vorbereitet, indem er erklärte:

„Die Welt muß sich darüber klar sein, daß es auf die Dauer ein unmöglicher Zustand ist, daß ein großes Land wie Deutschland einseitig abrüstet.“

### Sozialdemokratische Arbeiter!

#### Wähler der Sozialdemokratischen Partei!

Vor der Wahl haben eure Führer anders gesprochen. Sie haben den Wahlkampf mit der Parole gegen den Panzerkreuzer geführt. In der Wahlleitung der SPD schrieben sie:

„Im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen beim letzten Etat stand die Anforderung auf Bewilligung eines Kriegsschiffes A (erste Rate 9,8 Millionen). Das ganze Kriegsschiff soll 80 Millionen kosten. Er leitet den Neubau einer ganzen Serie von Panzerkreuzern ein, so daß dadurch im Laufe der

nächsten Jahre eine zwanzigjährige Mehrausgabe von 500 Millionen notwendig wäre. . . . Die SPD fordert, daß auch bei den Heeresausgaben Rücksicht auf die Not der breiten Massen genommen wird. Erst Brot — dann Panzerkreuzer.“

Aber schon am 11. August schrieb der Vorwärts: „Der Panzerkreuzer A wird gebaut werden trotz der Veränderung in der Zusammensetzung des Reichstages und trotz des Regierungswechsels.“

Die Minister hatten dem Bau der Kriegsschiffe zugestimmt und die Wahlversprechungen enthielten sich als Lug und Trug. Im Kabinett haben die Minister nicht einmal den Versuch eines Widerstandes gegen den Panzerkreuzerbau gemacht.

Andererseits hat euer Ministergenosse Wissell bis zum heutigen Tage, die vom Reichstag beschlossenen geringfügigen Verbesserungen der Krisenfürsorge noch nicht durchgeführt.

Die Not der über eine halbe Million betragenden ausgesteuerten Erwerbslosen, die Not der Sozialrentner und der hungernden Kinder wird von den sozialdemokratischen Ministern so wenig beachtet wie von den Regierungsmännern der Bürgerblockregierung.

Die von euren Parteigenossen Hilferding durchgeführte Lohnsteuer „Lenkung“ ist geradezu ein Hohn für die Arbeiterklasse. Ist doch die Wirkung dieser „sozialen Tat“, daß ein Steuerpflichtiger mit einer fünfköpfigen Familie bei einem Einkommen von monatlich 200 Mark ganze 20 Pfennig Steuer entlassen bekommt.

Die Bewilligung des Panzerkreuzers aber war nach einer Mitteilung des sächsischen Volksblattes in 5 Minuten erledigt. Die sozialdemokratischen Minister hätten den Bau der Kriegsschiffe verhindern können. Breitscheid schrieb:

„Zunehmend waren wir bereit, anzunehmen, daß unsere führenden Minister mit „Nein“ stimmen und andere Aufgaben, insbesondere solche für sozialpolitische Zwecke, für vorübergehender erfüllen würden, als die für den Schiffsbau. Sie waren auch entschlossen, aber nun machten ihnen die Demokraten einen Strich durch die Rechnung, als sie erklärten, sich in jedem Falle der Entscheidung der Sozialdemokraten anzuschließen zu wollen (!!) Damit wäre eine Wehrheit für die Ablehnung entstanden (!!) und das hätte die Krise bedeutet, die unsere Genossen vermeiden wollten (!).“

Also, weil man eine Wehrheit für die Ablehnung bekommen hätte, stimmten die sozialdemokratischen Minister für den Bau. Sie hätten gern ein kleines Täuschungsmando verfertigt, aber so machten ihnen die Demokraten einen Strich durch die Rechnung. Viele Erklärung Breitscheids zeigt zur Genüge die wirkliche Rolle der sozialdemokratischen Minister.

Sozialdemokratische Arbeiter! In eurer Partei brach ein Sturm der Empörung los. Bei euch aus ehrlicher Aufsehnung gegen die Panzerkreuzerpolitik. Eure Führer aber waren empört, weil das Mandat nicht geklappt, einige, weil es zu ungeschickt gemacht war, um die Arbeiter zu überlisteln. So schrieb das Hamburger Echo am 15. August:

„Wer die politische Haltung der SPD in den letzten vier Jahren würdigt, wird nicht finden, daß die vier Minister sich zu ihr im Gegensatz stellten. . . . allerdings zeigt sich hier wie schon so oft, ein schlimmes Manö in der Kunst, sein Handeln den Massen verständlich zu machen.“

So ist denn jetzt auch der Parteivorstand und der Vorwärts dabei, die Politik zu verteidigen und durchzuführen. Der Vorwärts fordert keine Aenderung der Politik, sondern eine programmatische Vertiefung derselben.

Wie verhalten sich aber jetzt eure sächsischen sogenannten linken Führer. Bis vor ein paar Tagen konnten sie noch tapfer schlumpfen. Jetzt aber stehen sie vor zwei Konsequenzen. Der Parteivorstand läßt durch das Zentralorgan verkünden, daß die Panzerkreuzerpolitik weitergeführt wird. Die Kommunistische Partei hat den Kampf gegen imperialistische Aufrüstungen durch die

### Einleitung eines Volksentscheids konkretisiert.

Jetzt müssen diese eure „linken“ Führer Stellung nehmen. Es ist eingetreten, was wir euch gesagt haben, diese „linken“ Schwanken ein in die Front der Panzerkreuzerbauer, sie antworten, wie immer, mit einer wüsten Kommunistenhege.

Seht nach Sowjetrußland, dort wird auch gerüstet, die Kommunisten sind aber für diese Aufrüstungen, so schreibt die gesamte SPD-Presse, vom Vorwärts bis zur Dresdner

Volkszeitung. Mit diesem Geschrei soll die Arbeiterschaft verwirrt werden.

Sozialdemokratische Klassengenossen! Ist es denn das selbe, wenn die Imperialisten zum Schutze des Privateigentums zum Kriege gegen den Arbeiter- und Bauernstaat rufen und wenn die Arbeiter- und Bauernrepublik zum Schutze des Gemeineigentums und zur Verteidigung der Sowjetrepublik rufen. Jeder Arbeiter weiß, daß dies etwas anderes ist, hier in der Hindenburgrepublik rüstet man für die Interessen der Ausbeuter, in Sowjetrußland zum Schutze der Arbeiter. Deswegen laßt euch nicht irreführen.

Die Auseinandersetzungen in unserer Partei sind unsere eigene Angelegenheit, rufen eure Führer. Die Kommunisten haben nicht das Recht, sich darum zu kümmern. Klassengenossen! Der Panzerkreuzerbau ist aber eine Angelegenheit der gesamten Arbeiterschaft. Sie werden die Opfer der nächsten Kriege sein, sie müssen den Bau der Panzerkreuzer bezahlen. Eure Führer wollen ja auch große Teile der Arbeiterschaft für die neue deutsche imperialistische Politik einfangen.

Die Kommunisten führen den Volksentscheid aus. Parteigolismus. Mit dieser niederträchtigen Parteichege sollt ihr über den Ernst der Lage hinwegtäuscht werden.

Sebet von euch weh, daß die Imperialisten in allen Ländern rüsten. Die Gegenkräfte zwischen den einzelnen imperialistischen Staaten wachsen. Konflikte zwischen Amerika und England, zwischen England und Frankreich, Amerika und Japan steigen heraus. Die deutschen Imperialisten wurden isoliert. England und Frankreich schlossen ein vorläufiges Bündnis mit der Spitze gegen Amerika und Deutschland. Die amerikanischen Kapitalisten antworten darauf mit einem Beschluß zur Verstärkung der Seemacht. Die kriegerischen Rüstungen werden allgemein im verstärkten Maße durchgeführt. Die Imperialisten wissen, für sie bleibt nur der Krieg als Ausweg aus der aufsteigenden Krise. Um diese neuen imperialistischen Kriege zu führen, wollen und müssen sie zuerst Sowjetrußland angreifen.

In diesem Zusammenhang gewinnt auch der Panzerkreuzerbau für die deutschen Arbeiter erhöhte Bedeutung. Die deutsche Bourgeoisie leht in der imperialistischen Antisowjetfront. Die sozialdemokratischen Führer stehen bei den deutschen Imperialisten.

Es gibt nur ein entweder — oder. Entweder mit dem Arbeiter für den Schutz der Sowjetunion und die Revolution, oder mit den Imperialisten für Unterdrückung und Krieg. Eine Zwischenlösung gibt es nicht. Sozialdemokratische Arbeiter! Ihr müßt euch entscheiden.

Sozialdemokratische Klassengenossen! Eure „linken“ Führer haben sich entschieden — und zwar für den imperialistischen Kurs des Parteivorstandes. Die Kommunistische Partei hat an alle Arbeiter die Aufforderung gerichtet, sich an den Komitees zur Durchföhrung des Volksentscheids zu beteiligen.

Eure „linken“ Führer antworten darauf mit einer Gegenaktion. In der Dresdner Volkszeitung vom 28. August verbietet euer Bezirksvorstand jede Teilnahme an den Komitees und Ausschüssen. Diese Haltung eures Bezirksvorstandes zeigt, daß eure „linken“ Führer praktisch die Politik der deutschen Imperialisten unterstützen. Alles was sie gegen den Bau der Panzerkreuzer reden und schreiben, soll nur zu eurer Verhöhnung dienen. Der Vorwärts beschimpft diejenigen, die sich am Volksentscheid beteiligen wollen als „vollständige Idioten“.

Wollt ihr wirklich den Kampf gegen die imperialistische Aufrüstung, dürft ihr nicht passiv beiseite stehen.

Nur durch die breiteste Aufrüstung der Massen, wie sie durch den Volksentscheid möglich ist, nur durch den Massenkampf können die Rüstungen der Imperialisten verhindert, können die Kapitalisten überwunden werden.

Wir führen den Kampf für die Interessen der gesamten Arbeiterklasse. Beteiligt euch an dem von uns eingeleiteten Volksentscheid.

Tretet ein in die Komitees.

Heraus zum Kampf!

Gegen die Kriegsrüstungen.  
Gegen den neuen imperialistischen Krieg!  
Für Brot, Lohn und Ainderpeijungen!  
Für Sowjetrußland!  
Für die proletarische Revolution!

Die Bezirksleitung der KPD  
Bezirk Ostfachsen  
J. A. Siegfried Hädel

## Lebt die Arbeiterstimme! / Tretet ein in die KPD!

# Neue Rüstungen in England und Frankreich

Paris, 3. September. (Eigene Drahtmeldung.)

Ein Telegramm der französischen Agenturen aus Newport meldet, daß man im Weissen Hause weder die von dem Außenminister Englands, noch von dem Marineminister Frankreichs abgegebenen beschwichtigenden Erklärungen in der Rüstungsfrage als genügend ansehe und von London und Paris bisher vergeblich geforderten konkreteren Ausschüsse erwarte. Die Blätter registrieren diese Meldung, die die politischen diplomatischen Kreise in harte Verlegenheit zu bringen scheint, ohne ein Wort des Kommentars. Das Echo de Paris bestätigt in vollem Umfange die zuerst vom Manchester Guardian veröffentlichte Tatsache, daß die zwischen beiden Völkern getroffenen Abmachungen des Washingtoner Abkommens vom Jahre 1922 über den Hausen werfen. Das Blatt, das über besonders gute Beziehungen zu den französischen Heeres- und Marinestellen verfügt, teilt mit, daß außerhalb der zu reglementierten schweren Kreuzer von 10 000 Tonnen und darüber, sowie der U-Boote mit einer Wasserdrückung von über 600 Tonnen Frankreich künftig an keinerlei Einschränkungen mehr gebunden ist. „Die Ungleichheit hat aufgehört“, fügt das Blatt hinzu und beide Mächte finden bei dem Abkommen ihre Rechte. Frankreich hat neue Möglichkeiten, seine Seemacht auszuweiten und es versteht sich von selbst, daß dieses Abkommen nicht nach dem Geschmack aller interessierten Länder ist. Amerika, das mangels geeigneter Flottenstützpunkte die kleinen Kreuzer nur in beschränkter Zahl verwenden kann und deshalb vor allem Schiffe über 10 000 Tonnen bauen will und Italien, das von einer Verstärkung der französischen Flotte für seine Vormachtstellung im Mittelmeer fürchtet, protestieren. Am meisten aber scheint im Ausland das gute Einvernehmen zwischen den englischen und französischen Ministern zu mißfallen, für das der Abschluß des Abkommens einen neuen Beweis liefert.

## Die englisch-französische Entente

Keine Rheinlanddrängung — Beunruhigung in Amerika

London, 3. September. (Eigene Drahtmeldung.)

Der Manchester Guardian betont gestern nochmals, daß die Vereinbarungen zwischen England und Frankreich völlig einer neuen Entente entsprechen und daß Frankreichs Außenpolitik einen vollen Triumph erzielt hat, indem Frankreich freie Hand in Europa erhalten hat, während England sich zu einer passiven Kontinentalpolitik verpflichtet mußte. Vor einigen Wochen sei noch berechtigte Hoffnung vorhanden gewesen, daß die alliierten Truppen aus dem Rheinland zurückgezogen werden würden, jetzt seien die Franzosen härter geworden. Sie hätten sich geweigert, ihre Truppen zurückzuziehen, nicht, weil ihre Sicherheit bedroht sei, sondern weil man von den Deutschen für den Abzug einen Preis verlangen könne. Für derartige Verfahren der Erpressung sei kein Weg nach dem Friedensvertrag zu finden. Dieses Verfahren entspreche dem militärischen Einmarsch in ein befreundetes Land, um von ihm Geld zu erlangen. Die englische Regierung hat mit keinem Wort zum Ausdruck gebracht, daß sie es ablehnen würde, die Forderungen dieser Erpressung entgegenzunehmen, einer Erpressung, die völlig gesichert durch die neue Entente ausgeübt würde. Derselbe Text sei vorgelesen, um von Deutschland eine Zusage herauszuschlagen, wonach der Anschluß niemals stattfinden könne, während vertraglich ausdrücklich festgelegt sei, daß der Anschluß zulässig sei, wenn der Völkerbundrat es gestattet. Seit Jahren seien die französisch-deutschen Beziehungen nicht so hoffnungslos gewesen wie im gegenwärtigen Zeitpunkt. Die Folgen der neuen Entente würden sich in der ganzen Welt geltend machen. Die Vereinigten Staaten seien nicht umsonst beunruhigt.

## Manöver der „Linken“ in Dresden

Die Entrüstung der sozialdemokratischen Arbeiter wächst weiter. Trotz aller Manöver lassen sich die sozialdemokratischen Arbeiter nicht beruhigen. Die „Linken“ Führer haben alle Hände voll zu tun, um Ablenkung und Beruhigung zu schaffen. Der Auweg, den sie jetzt noch ständig geben, ist das Vertrauen darauf, daß die Partei selbst noch einen Kampf gegen den imperialistischen Kurs führen werde. Praktisch heißt aber jetzt schon unzweifelhaft fest, daß die Parteiführung den imperialistischen Kurs mit allen Konsequenzen gehen will. Die „Linken“ müssen aber dieses Manöver vollziehen, um die Arbeiter bei der Stange zu halten. So hat der Bezirksvorstand der SPD Ostschlesien am Sonntag eine Resolution angenommen, in der nochmals die Ablehnung weiterer Katen gefordert wird. Ein außerordentlicher Parteitag wird gefordert. Gleichzeitig aber werden die sozialdemokratischen Arbeiter aufgefordert, sich nicht an dem Volksentscheid zu beteiligen. Zwei Gründe führt der Bezirksvorstand dafür an. Erstens man würde doch nicht die genutzten Stimmen bekommen, zweitens die SPD wäre den Volksentscheid zur Zerstörung der SPD. Wir werden noch auf diese Bemerkungen zurückkommen. Hier wollen wir nur bemerken:

Der Volksentscheid richtet sich gegen die, die Panzerkreuzer bauen wollen und diesen Bau offen oder verdeckt unterstützen!

Wenn die SPD-Führung den Bau befiehlt, die „Linken“ die Unterstützung durchführen, dann richtet sich der Volksentscheid auch gegen sie. Das wird jeder Arbeiter verstehen.

Kann ist der Parteitag die große Hoffnung. Wird der Parteitag aber gegen die Koalition und den durch sie gebotenen Kurs Stellung nehmen? Das glauben die „Linken“ selbst nicht. Die Dresdner Volkszeitung schreibt:

„Dringend zu wünschen wäre es, daß der Parteivorstand dem Wunsche des Bezirksvorstandes für Ostschlesien entspräche und sobald als möglich einen Parteitag einberie. Ein Parteitag würde, ganz gleich wie seine Beschlüsse ausfallen, das Vertrauen unserer Genossen zur Sozialdemokratie festigen, weil unsere Genossen dann sehen, daß in der Sozialdemokratie nicht eine Anzahl Führer machen kann, was ihr gefällt, sondern daß die Masse der Parteigenossen, wenn es sich um Schicksalsfragen der Arbeiterbewegung handelt, das entscheidende Wort selbst sprechen kann.“

Der Parteitag soll den sozialdemokratischen Arbeitern nur den Schein der Demokratie vortäuschen, was er beabsichtigt, ist gleich. Deshalb schreibt die Dresdner Volkszeitung so? — Weil der Bezirksvorstand weiß, daß nicht die Minister, sondern die „Linken“ Prügel bekommen, daß der Parteitag den Kurs der Sozialimperialisten festlegen wird.

Wir glauben nicht, daß die sozialdemokratischen Arbeiter sich mit dem Manöver ihres Bezirksvorstandes zufrieden geben werden.

## Die Entrüstung der SPD-Arbeiter wächst

Offen, 4. September. (Eigene Drahtmeldung.)

Eine Funktionärerversammlung der SPD Groß-Pohum nahm eine Entschliessung an, die in scharfen Worten die Zustimmung der sozialdemokratischen Minister zum Bau des Panzerkreuzers als schwere Schädigung der Partei und unerhörte Verletzung der elementarsten demokratischen Rechte der Parteimitgliedschaft feststellt. Die Versammlung hält die Stellungnahme des Parteiaussschusses und der Reichstagsfraktion für durchaus ungenügend. Sie fordert mit aller Entschiedenheit, daß die sozialdemokratischen Minister sofort aus der Regierung austreten und die Reichstags-

# Der Kongreß des Sozialimperialismus

Unreife reformistische Probation auf dem ADGB-Kongreß — Die kommunistische Presse, Kriegsopfer, Betriebsdelegationen hinausgeworfen — Arbeiter, Leiharbeiter und auch Verbrecher! — Curtius feiert die Wirtschaftsdemokratie — Die Opposition rechnet ab — Im Zeichen der Ministerreden

Hamburg, 3. September 1928.

Heute vormittag wurde im Gewerkschaftshaus der Kongreß des Allgem. Deutschen Gewerkschaftsbundes eröffnet. Zur ursprünglich angelegten Eröffnungsfeier wurden die Mitglieder des Bundesaussschusses nach zu einer Sitzung zusammenberufen, und als dann nach 9.30 Uhr der Vorsitzende Leipart die Tagung eröffnete, begann er zunächst mit einer ungeheuerlichen Heke gegen die Kommunisten. Im Bundesvorstand war ausgemacht worden, die unerhörten Ausschreitungen des Reichsbanners gegen oppositionelle Jugendgewerkschaftler zum Vorwand zu nehmen, um die kommunistische Presse hinauszujerkeln. Leipart nannte die Kommunisten ein Verbrechergesindel und gebrauchte immer wieder den Ausdruck „Verbrecher“. Schließlich wies er die anwesenden Vertreter der kommunistischen Presse aus dem Saal. Unter dem wüsten Toben der versammelten Bürokratie gingen die Proteste der wenigen oppositionellen Delegierten unter. Darauf ließ Leipart die Vertreter der kommunistischen Presse durch das Reichsbannerkontingent, das in Zivil anwesend war, entfernen. Hinausgewiesen wurden die Vertreter des kommunistischen Pressebüros, der Vertreter des oppositionellen Gewerkschaftsorgans „Der Kampf“, und zu allem noch die Vertreter des Zentralorgans der Gewerkschaften der Sowjetunion „Trud“.

Außerdem wurden Betriebsdelegationen, die in den Hamburger Betrieben gewählt wurden und erschienen waren, um dem Gewerkschaftskongreß die Forderungen der Arbeiterschaft zu unterbreiten, abgewiesen und befangen gemacht, daß keine Betriebsdelegationen empfangen würden.

Bezeichnend für die Art und Weise des Bundesvorstandes, die kommunistische Presse von der Berichterstattung auszuschließen, ist die Tatsache, daß der Hamburger Volkszeitung, die zwei Pressearten für die besondere Berichterstattung angeordnet hatte, diese schon vor dem Beginn des Kongresses verweigert wurden, so daß die gesamte kommunistische Presse von der Berichterstattung ausgeschlossen ist.

Eine Delegation des Internationalen Bundes der Opfer des Krieges und der Arbeit, die heute morgen im Gewerkschaftshaus erschien, um den Kongreß im Namen ihrer Organisation zu begrüßen, wurde von Ehrlichkeit und Anstand nicht vorgekommen. Unter Berufung auf das Hausrecht wurden die Delegierten, unter denen sich zwei Frauen befanden, zum Verlassen des Gewerkschaftshauses gezwungen. Dann hielt Leipart eine inhaltslose Begrüßungsansprache. Er erklärte, der sozialdemokratische Vorsitzende des ADGB-Ausschusses Hamann, hält darauf eine antikomunistische Rede, in der er nochmals die Kommunisten als verbrecherische Elemente bezeichnete. Der Kongreß müsse Beschlüsse fassen, die dem Treiben dieser Elemente ein Ende machen sollen. Nachdem ein Hamburger Senator eine Begrüßungsansprache gehalten hatte, ergriff der Reichsarbeitsminister Wissell das Wort der den Kongreß mit „meine Damen und Herren“ anredet. Er spricht davon, daß das Arbeiterrecht in einem Gleichschritt der Arbeit zusammengefaßt werden soll. Die Zusammenarbeit zwischen Regierung und Gewerkschaften werde die wirtschaftliche und politische Freiheit bringen. Wissell vertritt einen weiteren Ausbau der Sozialversicherung (lärmender Beifall bei

den Reformisten). Curtius, Reichswirtschaftsminister, erklärt, es sei Aufgabe einer Regierung, die Gegenläufe auszugleichen. Es gibt keine unausgleichbaren Gegenläufe. Die Politik der Gewerkschaften und der Arbeitgeberorganisationen sind nur zwei Seiten derselben Sache. Die Arbeiter müssen auch die Grenzen zu berücksichtigen, die durch wirtschaftliche Möglichkeiten gezogen sind. Die Hebung des Volkswohls müßte über alles gehen. Er habe sich bisher bemüht, enge Tuschführung mit den Gewerkschaftsführern zu erhalten, und nehme dankbar Anregungen entgegen. Er anerkenne den Anspruch der Gewerkschaftsführer, teilzunehmen an der Führung der Wirtschaft. Er habe bei den Gewerkschaftsleitungen das nötige Verständnis für die Zusammenarbeit gefunden. Ohne bei den Reformisten auf Widerstand zu stoßen, behauptet Curtius, daß auch die Arbeiter durch Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit beim Aufschwung der Wirtschaft teilgenommen hätten. Er unternimmt dann einen Ausflug in die Wirtschaft und sagt, daß die deutsche Wirtschaft die während dem Krieg verlorenen Abhängigkeiten so gut wie vollständig wiedererobert hat. Er erklärt sich zum Schluß für die Wirtschaftsdemokratie. (Beifall bei den Reformisten.)

Grafmann antwortet Curtius im zustimmenden Sinne. Es hat bisher an Anregungen der Gewerkschaftsführer bei der Regierung nicht gefehlt, und sie werden auch in Zukunft nicht fehlen. Weitere Begrüßungsansprachen hielten dann Saffenbach (IGB), Vertreter der Schweiz, Polens, Tschechoslowakei usw.; jedoch bemerkenswerterweise keine Engländer und Franzosen, was mit den Konflikten im IGB zusammenhängt.

Nach den Kongreßreden macht Frey die Vorschläge für die Befragung des Bundes. Es werden Leipart, Brandes (DAB) und Schumann (Verkehrsbund) zu Vorsitzenden gewählt. Es folgen die Wahlen für die Kommissionen. Bei der Festlegung der Tagungsordnung wendet sich der oppositionelle Delegierte Kraus, Stuttgart, in scharfen Worten gegen den Hinauswurf der kommunistischen Pressevertreter, gegen die Kassierung der Berliner oppositionellen Mandate und gegen die Beschimpfung eines großen Teiles der Gewerkschaftsmitglieder als „Verbrecher“. (Die Ausführungen des Genossen Kraus werden von wüstem Toben der Reformisten begleitet. Sie rufen: Du gehörst auch zu den Verbrechern! Schmeiß ihn raus!) Kraus stellt sich aber dadurch nicht beirren und erhebt noch einmal im Namen der oppositionellen Mitglieder Protest. Er betont, daß wenn auch nur wenige oppositionelle Delegierte auf dem Kongreß anwesend sind, so vertreten sie dennoch 25 bis 30 Prozent der Mitglieder. (Hier unterbricht ihn der Vorsitzende Brandes: „Das gehört nicht zur Geschäftsordnung!“) Genosse Kraus beantragt darauf Veränderung der auf Vergewaltigung der Opposition zugeschnittenen Geschäftsordnung, 3. B. daß Anträge statt der Unterstützung von 50 Delegierten nur der Unterstützung von 3 Delegierten bedürfen sollen. Der Vorsitzende spricht sein Bedauern darüber aus, daß Genosse Kraus nicht von den kommunistischen Verbrechern abgerückt sei. Bei der Festlegung der Tagesordnung meldet sich Genosse Kraus zum Wort, um die ordentlichen Anträge zur Tagesordnung zu begründen. Es wurde ihm jedoch willkürlich das Wort verweigert. Noch ein anderer oppositioneller Delegierter, ein fächlicher Textilarbeiter, meldete sich zum Wort. Auch er erhält es nicht. Die Anträge der oppositionellen Ortsverwaltungen wurden nur von den oppositionellen Delegierten unterstützt und darauf die vom Bundesvorstand angenommene Tagesordnung als vom Kongreß für angenommen erklärt.

## Gwansea

Eine Parallele für Hamburg — Tagung des englischen Gewerkschaftskongresses

Swansea, 3. September. (Eigene Drahtmeldung.)

Das Gebäude, in dem der englische Gewerkschaftskongreß tagt, wird von harten Polizeikräften besetzt. Die Arbeitslosen stehen in Trupps bis 500 Mann durch die Stadt. Während der Frühstückspause des Kongresses saßen die Trupps von Arbeitslosen an den Restaurants vorbei, in denen die Delegierten sich aufhielten. Die Delegierten warfen den Arbeitslosen vom Balkon Hände voll Kupfermünzen zu. Nachdem fanden dann in den Parks von Swansea die Versammlungen der aus dem Grubenbezirken nach Swansea demonstrierenden Arbeitslosen statt. Die Versammlungen, an denen etwa 2000 arbeitslose Bergarbeiter teilnahmen, verliefen ruhig. Im Laufe des Nachmittags zog dann eine starke Deputation der Arbeitslosen vor das Versammlungsgelände des Gewerkschaftskongresses und bat um die Erlaubnis, daß zwei Delegierte der Deputation dem Kongreß die Lage der arbeitslosen Bergarbeiter schildern dürften. Die Kongreßleitung lehnte jedes Entgegenkommen unter dem Hinweis auf ihr Hausrecht ab.

Als den Arbeitslosen der Zutritt zum Versammlungsraum verweigert worden war, verhandelte die Deputation auf der Straße mit den die Absperungsmassnahmen leitenden Polizeiobersten. Der Polizeichef gestattete der Deputation zur Verringerung der Notlage der Arbeitslosen sofort eine Hauskollekte in Swansea zu unternehmen. Auf dem Kongreß selbst unterhielt man sich über ziemlich unweissentliche Geschäftsordnungsfragen der Gewerkschaftsorganisation.

## 31 Amundsen noch am Leben?

TU Oslo, 3. September. Wie aus Tromsø gemeldet wird,

ist dort am Sonntagabend das Sechsbüchlerfahrzeug „Hilf“ aus Kalsund vor Anker gegangen. Der Kapitän ging sofort an Land und berichtete, daß ein anderes Fahrzeug der Sechsbüchlerflotte, „Toppeter“, das zurzeit in der Nähe von Franz-Joseph-Land liegt, vor etwa 14 Tagen auf der Edge-Insel (?) ein Lagerfeuer beobachtet habe. An Bord des Schiffes sei man so überzeugt davon gewesen, Menschen vor sich zu haben, daß man sofort versucht habe, die Küste der Insel zu erreichen. Dieser Versuch sei jedoch infolge der schwierigen Eisverhältnisse mißgückt. Der Kapitän erklärte weiter, es könne sich zurzeit keine Sechsbüchlerexpedition auf der Edge-Insel aufhalten. Unter diesen Umständen rechnet man mit der Möglichkeit, daß die Ballongruppe „Stato“ dort Zuflucht gefunden haben könnte. In diesem Zusammenhang ist es interessant, daß ein norwegischer Sachverständiger vom meteorologischen Institut Tromsø die Theorie aufgestellt hat, daß der Untergang der „Natham“ mit Amundsen an Bord in der Nähe der Hopen-Insel erfolgt sein müsse. Der vor kurzem aufgefundenen Schwimmkörper des Flugzeuges habe den Windverhältnissen und Reibungsverhältnissen nach zu urteilen, etwa bis zum 20. August an der Eislands gelegen und sei dann bei Veränderung der Windrichtung in etwa acht bis zehn Tagen in der Richtung auf die norwegische Küste abgetrieben worden. Wenn man nun berücksichtigt, daß die Hopen-Insel südlich von Spitzbergen liegt, so taucht die Möglichkeit auf, daß das beobachtete Lagerfeuer nicht von der Ballongruppe, sondern von Amundsen und seinem Begleiter herrühren könnte. Diese Annahme wäre allerdings nur dann stichhaltig, wenn sich die Theorie des norwegischen Meteorologen bezüglich der Untergangsstelle der „Natham“ als richtig erweisen sollte.

## Handelsminister Dolanowski



dem auch die Verkehrsminister untersteht, ist bei seiner ersten Reise im Flugzeug kurz nach dem Aufstieg auf dem Flugplatz auf dem Flughafen Lont abgestürzt und mit den übrigen Insassen des Flugzeuges verbrannt.

Dolanowski war 1879 in Le Haere geboren und hatte sich als Rechtsanwalt in Paris niedergelassen. Er trat 1914 in die Kammer ein und hat sich dort als Berichterstatter in Budgetfragen einen Namen gemacht, so daß er 1924 Marineminister und 1926 Handelsminister wurde. In seiner Stellung als Chef dieses Ministeriums war er in der letzten Zeit scharfen Angriffen ausgesetzt, weil die französische Regierung dauernd von schweren Unfällen heimgejagt worden war.



# Vierter Bundestag der Arbeiterschützen

(Schluß)

Jahnsmüller, Erfurt, bekräftigt, daß er gegen das Reichsbanner war, weil es den Reichsadler aufgezogen hat.

Reißiger erzählt Märchen vom Bestehen von Rotfront-Schießvereinen, die allerdings, wie er zugibt, nicht mehr bestehen.

Jung, Karlsruhe, spricht gegen den von Gabel eingebrachten Mißtrauensantrag gegen die Geschäftsleitung.

Gabel erklärt, daß dieser Antrag mit den Stimmen der Sozialdemokraten auf der Konferenz angenommen wurde und macht praktische Vorschläge für den Ausbau der Bundeszeitung, insbesondere in sporttechnischer Beziehung.

Fud rief dazwischen: Welche Artikel hast du schon geschrieben?

Gabel konnte darauf die unumwundene Mitteilung machen, daß Einwendungen der Mitgliedschaft von Flegel überhaupt nicht beachtet werden.

Flegel rechtfertigt sich und verspricht Verbesserung.

Springer, Kassel (SPD): Flegel hat Fehler gemacht, da man schon ehlich sein. Es ist ein ungeheurer Zustand, daß Flegel hinter dem Rücken der Gau- und Bezirksleitungen korrespondiert und er verteidigt den Antrag des Genossen Gabel, daß es Flegel unterzogen wird, ein Spießhaken im Arbeiterschützenbund aufzusetzen.

Darauf wird eine Resolution angenommen, die eine bessere Redaktion der Zeitung verlangt und auch Sportberichte aus der Sowjetunion fordert. Diese Resolution fand einstimmige Annahme. Ein Antrag verlangt die Bestätigung Gabels als Gauleiter durch den Bundestag. Nach längerer Diskussion wird derselbe dem Bundesauschuß überwiesen.

Der Konflikt Bundesvorstand und Berliner Ortsgruppe wurde vom Bundesauschuß an den Bundestag zur Entscheidung verwiesen. Thormann verliest eine längere Resolution der Berliner Funktionärskonferenz, nach dem die Beschuldigungen des Bundesvorstandes zurückgewiesen werden und die Differenzen darin bestehen, daß man im Bundesvorstand nicht weiß, an welche Genossen und welches Material nach Berlin geschickt wurde. Willkürlich hat der Bundesvorstand an Cehlschläger, Saemerow und andere Zeitungen und Bundesmarken geschickt, ohne der Ortsgruppe davon Mitteilung zu machen, wofür die Berliner Ortsgruppe auch nicht verantwortlich gemacht werden kann. Saemerow hat in Berlin wilde Schießvereine gegründet.

Jung, Karlsruhe, spricht von einem Berliner Sumpf. (Während der Sumpf durch Braunschweig verschuldet wurde.)

Thomas, Berlin, beantragt, daß die Gruppe Saemerow nicht anerkannt wird.

Auf verschiedene Einwände, daß die Berliner Ortsgruppe nicht dem neuen von der Zentralkommission diktorisch eingeleiteten Sportkartell angehöre, stellt Thormann fest, daß die Berliner Arbeiterschützen zur Konstituierung des neuen Kartells überhaupt keine Einladung erhalten haben.

Fud droht der Berliner Ortsgruppe, falls sie sich nicht dem neuen Kartell anschleife, daß sie den Ausschluß aus der Organisation zu erwarten habe. Nachdem noch Flegel, Schmidt, Klaus und Jahnsmüller gesprochen haben, erklärt Thormann, daß es sich hier nur um ein Mandat handele und die sozialdemokratischen Führer die Absicht haben, die Berliner Ortsgruppe innerhalb vier Wochen aus dem Bunde auszufchließen.

Die Diktatur des Vertreters der Zentralkommission wurde immer offensichtlicher. Um davon abzulenken, versuchte sich Fud dadurch zu rechtfertigen, daß im Saale der Genosse Wielt angewendet sei und oppositionellen Delegierten einen Jettel zugeschoben habe. Zur Bestätigung der Angaben von Fud meldete sich der Vertreter des Arbeiterschützenbundes, Springer, der gesehen haben will, daß Genosse Wielt tatsächlich einen solchen Jettel geschrieben habe, den er an andere Genossen weitergegeben habe.

Darauf erfolgt die Behandlung des Antrages, wonach die Ausschließung wegen der Teilnahme an der Spartakiade zurückgenommen werden soll. Nach längerer Diskussion rechtfertigte der Versammlungsleiter Krieger die Nichtabstimmung dieses Antrages dadurch, daß er erklärte, daß

keinerlei Befürchtungen wegen Ausschluß vor Spartakiadeteilnehmern

beständen. Der Versammlungsleiter hat noch ein halbes Dutzend Anträge in der Hand und erklärt nach Biedermeierart, daß diese Anträge dem Bundesvorstand überwiesen werden.

Thomas protestiert dagegen, ohne sie zur Kenntnis zu geben, dem BV überwiesen werden sollen, daß man sie mindestens vorher kennen müsse.

Darauf war folgender Gegenantrag Gegenstand der Diskussion: Der Bundestag erklärt sich mit der Zusammenarbeit der sozialistischen Sportinternationale, mit dem Völkerbund und dem Internationalen Arbeiterbund nicht einverstanden und fordert die Lösung dieser Beziehungen.

Ferner eine Resolution, die verlangt, daß die Ausschüsse von Hannover und Magdeburg rückgängig gemacht werden. Ferner: Der Bundestag hält die Einheit der Arbeiterschützenbewegung dringend notwendig. Deshalb protestiert der Bundestag gegen die Ausschlußpolitik der Zentralkommission und fordert die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes in den Kartellen.

Diese Anträge ließ die Versammlungsleitung trotz des entschiedenen Protestes der Versammlung nicht zur Abstimmung bringen.

Fud polemisiert gegen Thomas, weil letzterer behauptete, daß im AVuSP oppositionelle Genossen ohne Schiedsverfahren aus dem Bunde herausgeworfen wurden.

Dem Kaiser werden 20 Mark Monatsgeld pro Monat bewilligt. Auf Antrag der Berliner Genossen wird das Gehalt des Bundesvorsitzenden auf 300 Mark pro Monat erhöht.

Auf Verlangen des Genossen Thomas muß die von der Versammlungsleitung unterschlagene Resolution gegen den Panzerkreuzerbau zur Vorlegung gebracht werden.

Fud erklärt, daß diese Resolution nicht zur Abstimmung gebracht werden dürfe, weil es sich hier um eine parteipolitische Frage handle, die nur die Parteien angehe. Die Arbeiterschützen hätten mit dem Panzerkreuzer nichts zu tun. Thomas besteht darauf, daß die Abstimmung dieser Resolution vorgenommen wird. Wenn die Berliner Sportinternationale einen ernsthaften Kampf gegen den Militarismus führen wolle, dann müsse sie sich gegen den Panzerkreuzerbau und für den Volkseinsatz erklären.

Die ganzen Schiebungen der Versammlungsleitung haben den parteilosen Delegierten Müller, Thramberg, veranlaßt, besonders gegen die Schiebungen des AV-Vertreters zu protestieren und er brachte zum Ausdruck, daß er es für unerhört finde, daß, wie er beobachtet konnte, Fud die Schiebungen mit dem Antrag für den Volkseinsatz betriebe hat.

In der Verteidigung gibt Fud zu, daß ihm als Vertreter der Zentralkommission alle Eingänge und Anträge zur Kenntnis gebracht werden müssen und keiner Prüfung unterliegen. Fud vertritt sich auf allerhand demagogischen Mitteln: Der Antrag gefährdet die Einheit der Arbeiterschützenbewegung. Die SPD habe ein Volkseinsatz nicht gefordert. Die Anträge, die zur Annahme gelangen, müssen von allen Genossen getragen sein. Die militärischen Abstrümpelung sei nicht Aufgabe der Sportler, sondern Aufgabe der Parteien.

## Aus dem bürgerlichen Sportlager

Der BMBV

unser Gegner, hielt am vergangenen Sonntag in Weihen seinen Verbandstag ab, der zu einem glänzenden Fiasko wurde. Nicht allein, daß die Verhandlungen einen so unruhigen Verlauf nahmen, daß die Presse sogar meinte, das „Hornberger Schießen“ sei erfolgreicher gewesen. — Der Verbandstag mußte sogar infolge der Flucht der meisten Vertreter unvollendet geschlossen werden, da er nicht mehr beschlußfähig war. Ein Berichtslatter über diese Tagung beginnt seine Betrachtungen mit folgenden für uns interessanten Feststellungen:

Die Spaten spielen es schon seit Jahr und Tag von den Dächern, daß es in Mitteldeutschland allen amtlichen Beschönigungsversuchen und Vohrednerien zum Trost nicht so recht vorwärtsgehen will. Die sportliche Stärke des BMBV im Fußball, wie in der Leichtathletik steht hartnäckig still, oder macht trotz Aufwendung erheblicher Mittel nur mikroskopisch-erkennbare Fortschritte. Der Mitgliederbestand schwand im Jahr um Jahr dahin: in den letzten vier Jahren betrug der Verlust an erwachsenen Mitgliedern rund 10.000! Nur die Kiffer der Jugendblauen weicht ständig eine leichte Steigerung auf. Aber wie lange noch? Die Augenpolitik des BMBV — Vorhänger Habide sieht den mitteldeutschen Verband im



Gegen Barzahlung oder Nachn. zu beziehen durch die Vertriebszentrale der K.P.D. Hugo Eberlein, Berlin C 25, Kl. Alexanderstr. 28. Postscheckkonto Berlin 304 39

Jahnsmüller stellt fest, daß Fud und Genossen mit der Ablehnung dieses Antrages, der den Bau des Panzerkreuzers hindert, Er legt klar, daß die Verteidigung der Sowjetunion auch von den deutschen Arbeitern unterstützt werden müsse und daß die Arbeit aller Völker gegen die imperialistischen Krieger der Imperialisten ankommen müssen. Es gibt in Deutschland eine proletarische und eine kapitalistische Klasse. Wenn die Arbeiter in Deutschland an die Macht kommen, werden sie die Mittel für die Verteidigung bewilligen. Sie haben aber kein Interesse, den Imperialisten die Mittel dafür zu geben.

Der Vorsitzende weigert sich, trotz des stärksten Protestes der Delegierten, die Resolution zur Abstimmung zu bringen, die folgenden Beschlüsse hat:

Der Bundestag des Arbeiterschützenbundes empfiehlt allen Ortsgruppen, den Volkseinsatz gegen den Panzerkreuzerbau zu unterstützen und die Agitation gegen den Panzerkreuzer gleichzeitig gegen die bürgerliche Sportbewegung und zur Werbung für den Arbeiterschützenbund auszunutzen.

Mit diesen brutalen Akten einer diktatorischen Versammlungsleitung fand der Bundestag sein Ende. Die Montagsaktion war von Beginn bis zu Ende ein ständiger Kampf der Opposition gegen die Bergewaltigung der Meinungsäußerung und Willensbindung des Bundestages. Die sozialdemokratische Führung des Bundestages hat gezeigt, daß sie sich nicht als Beauftragte der Arbeiterschützenbewegung fühlen. Es war auffallend, daß Fud als Vizepräsident der Zentralkommission ausschließlich von den Mitteln der Regierung lebt und sich als in würdiger Vertreter der Republik fühlte, der bereit ist, im Interesse der deutschen Bourgeoisie die Einheit der deutschen Arbeiterschützenbewegung zu zerlegen und seine Hauptaufgabe darin erblickt, die Arbeiterschützenverbände zu Organen des kapitalistischen Klassenkampfes zu machen. Daraus erklärt sich auch sein Kampf gegen die revolutionäre Ideologie, sein Kampf gegen jede Klassenpolitik. Einstimmig des Bundes. Die Arbeiterschützen müssen diesen Bundestag zum Ausgangspunkt einer gründlichen Agitation gegen den Reformismus machen.

Karte des BMBV nächstens infiziert das Leben. Und die Innenpolitik steht nach kaum zweijähriger Wirksamkeit der Sanktionsifikation vor einer kostspieligen Überorganisation und Überbureaucratikalisierung, die für alle vernünftigen Vereinsführer schlechterdings unerträglich ist. So liegen nächsten betrachtet, die Dinge — nicht anders!

Auch das Verbandsorgan des BMBV — die MGB — kann nur Betrübler über diese Tagung berichten und gibt dem Bericht das bezeichnende Motto „Schüt dich Gott, es wär' so schön gewesen“.

Uns bleibt in Anbetracht dieser schlimmen Zeichen des Verfalls der bürgerlichen Bewegung keine andere Pflicht, als immer wieder zu sagen:

Arbeiter im bürgerlichen Sportlager! Erkenne, in welcher Gefahr du dich befindest! Heraus aus dem bürgerlichen Vereine. Werde Mitglied der Arbeiterschützenbewegung.

### Wieder ein Anulangebot

Waren da einige Genossen des 2. Bezirks, Leichtathleten, zum Sportfest in Aulzig (Tschadowswater). Die Deutschen konnten es nicht unterlassen, auch die Veranstaltung zu besuchen. Und siehe da, sie entdeckten in unserem Genossen Mittag, Langkretzer, ein wertvolles Objekt für ihre Zwecke. Feilschend und mit allerhand Angeboten versuchten sie, ihn für ihre Organisation zu gewinnen. Aber vergebens. Genosse M. besch Arbeiterschützenportgeist und wintte ab. Schwänzen eingezogen mußten sie abziehen. — Möge es allen bürgerlichen Einkäufern so ergehen. tgd.

### Arbeiterport

Im Zeichen des Fortschritts

Die Statistik der Bundesleitung über den Zu- und Abgang der Vereine weist für die Zeit vom 8. bis 22. August folgendes aus:

Gesamtzugang 32 Vereine mit 820 Mitgliedern  
Gesamtabgang 5 Vereine mit 57 Mitgliedern  
Netto-Zugang 27 Vereine mit 763 Mitgliedern

Borgemeldet sind bereits wieder 9 Vereine. tgd.

### Zur Ausbreitung des Tennisportes

Nun hat auch Guben einen Arbeiter-Tennis-Club. In aller Stille ist dort ein Verein mit über 20 Mitgliedern ins Leben gerufen worden. Das Kartell für Bildung und Arbeiterschützen hat den jungen Verein stark bei der Gründung unterstützt, so daß es möglich wurde, ihm einen festen Boden von vornherein zu sichern. In der konstituierenden Versammlung wurde beschlossen, sofort dem Kartell und dem Arbeiter-Turn- und -Sportbund beizutreten. Erfreulich ist, daß alle Mitglieder nach keinen Sport trieben, dem Arbeiterschützenport also Neulinge zugeführt wurden. Für uns siltwahr ein großer Erfolg. tgd.



## "SINDBAD DER SALEM-RAUCHER erzählt weiter:

Wir waren vergnügt und mit gutem Wind von Basra abgesegelt, aber bald kam ein starker Sturm auf, der zu einem Orkan anwuchs. Unser Schiff wurde von dem gewaltigen Ozean verschlungen, und tagelang trieb ich mit meinen Gefährten schwimmend im Wasser, bis wir schließlich an den Strand einer wüsten Insel gespült wurden. Ihr wißt, liebe Freunde, daß mich Allah errettete und belohnte, aber damals, liebe Freunde, verfluchte ich meine Bestrebungen um eine Tabak-Mischungskultur, die mich tausendfache Mühen und Gefahren kostete, von denen niemand etwas ahnt, der sich heute die edelste

CIGARETTE

# SALEM AUSLESE

in Deutschland für 5 Pf. erwerben kann.



## Berichtsverhandlung . . .

**Freiberg.** Vor dem hiesigen Amtsgericht fanden am 17. August die Eheleute Kolbe aus Freiberg unter der Anklage des Vergehens gegen das Jugendwohlfahrtsgesetz, Besagte Eltern haben mehrere Kinder, wovon der jetzt 13-jährige krankhafter Bettläger ist. Angeblich, um gegen das Gebrechen des Kindes anzukämpfen, wurde selbiges 1923 von den Eltern in das Waisenhaus Freiberg getan. Ohne aber nun Wesentliches gegen das Leiden des Kindes getan zu haben, kam das Kind von dort fort in „Landpflege“, und zwar zu einem Schmiedemeister in Wegscheid, wo es von früh bis spät abends arbeiten mußte. Als nun anfänglich eines der drei „christlichen“ Älteste der Junge zu den Eltern besuchsweise kam, mußten dieselben feststellen, daß der Junge an Händen und Armen geradezu fürchterlich aussah. Die Eltern suchten darauf sofort einen Arzt auf, der auch bestätigte, daß zur Sicherung der Gesundheit des Jungen unbedingt etwas getan werden müsse. Gestützt auf dieses Gutachten ließen die Eltern nun zu allen maßgebenden Stellen. Ein kommunizistischer Stadtverordneter wandte sich sofort an den zuständigen Deputierten, — ohne aber bis heute auch nur eine Antwort zu erhalten. Den Eltern blieb, infolge des Verlangens der angerufenen Stellen, nichts anderes übrig, als zu der ihnen selbst durch den Paragraphen 54 RStGB gebotenen Selbsthilfe zu greifen. Sie behielten einfach den Jungen nach Ablauf der zwei Feiertage zurück. Das Wohlfahrtsamt Freiberg nun hatte nicht etwa notwendig, den antragenden Stadtverordneten zu beschreiben, nein, — es behrte die Polizei auf den verbotenen gehaltenen Jungen, und es gelang ihnen auch nach kurzer Zeit, den Jungen wieder zu ergattern, worauf er wieder dem Waisenhaus zugewiesen wurde. Die Eltern und eine Schwester der Mutter erhielten je ein Strafmandat — wegen Vergehens gegen das Jugendwohlfahrtsgesetz, wogegen sie Einspruch erhoben, weil sie ja weiter nichts getan hätten, als nach Paragraph 54 RStGB zulässig und daraus straflos sei. Anders jedoch urteilte das Gericht. Obwohl jeder Kunde sehen konnte, daß der angeklagte Vater des Jungen auch nicht im entferntesten in der Lage war, sich schuldig zu verteidigen, wurde doch vom Gerichtsvorsteher das Erlauchen des Angeklagten, einen mitleidigen Wohlverteidiger zuzulassen, einfach mit den Worten abgelehnt: „Was ich Sie frage, werden Sie schon beantworten können!“ (Als ob Fragen eines Gerichtsvorstehernden eine schuldige Verteidigung erheben könnten — d. h.) Ohne auch nur die aus dem angezogenen Paragraphen 54 gegebenen Schutzrechte beider Angeklagten zu erwähnen, wurde nach kurzer Verhandlung die Verurteilung der Angeklagten Eltern (die nur bestritt gewesen wären, eine unmittelbare, nicht anders abwendbare Gefahr für Leib und Leben ihres Kindes durch Verbergen abzuwenden — siehe Paragraph 54 RStGB) aufrechterhalten, nur mit dem Unterschiede, daß man der Mutter den größeren Teil Schuld beimah und demzufolge die Strafhöhe umänderte. Nach dem Gang der Verhandlung wird sich natürlich eine zweite Instanz mit der Angelegenheit, sowie auch über die Zulässigkeit der Ablehnung von Wohlverteidigung bei gering nicht vollkräftigen Personen (wogegen wohl unstrittig R. zu prüfen ist) befassen müssen. Wir werden über den weiteren Ausgange berichten.

## Das Arbeitsamt und die Erwerbslosen

**Freiberg.** Eine Frau S., die seit Frühjahr erkrankt war (sie hatte eine schwere Operation durchgemacht), bekam vom Arbeitsamt Unterstützung angewiesen. Pflanzgemäß lagte sie dem Vermittler, daß sie 1. noch nie in der Landwirtschaft tätig war, und 2., daß sie höchstwahrscheinlich wegen der Operation diese Arbeit nicht werde verrichten können. Sie ging aber trotzdem zu dem betreffenden Bauern, der sie kurzerhand frag, ob sie schon jemals in der Landwirtschaft tätig gewesen sei. Auf Verneinung dieser Frage erklärte er, daß sie dann nicht zur Einstellung in Frage käme, und vermerkte dies auch auf der Zuweisungsliste. — Als nun aber die Frau an ihrem Zahnlage auf das Arbeitsamt kam, erfuhr sie, daß ihr auf 4 Wochen die Unterstützung entzogen sei, — weil sie die Arbeit verweigert hätte. Auf Vorfrage eines kommunizistischen Stadtverordneten im Arbeitsamt wurde diesem der Bescheid, daß der die Einstellung verweigende Bauer nochmals befragt worden sei und erklärt habe, „nach seiner Ansicht habe die Frau keine Lust zur Arbeit gehabt“, deshalb sei die Unterstützung auf 4 Wochen entzogen worden. Wenn so der Kurs gegangen werden soll, wird in Freiberg bald niemand mehr Unterstützung erhalten. Wer dann auf diese Weise nicht abgedrückt wird, nun, so hat ja dann das Wohlfahrtsamt noch Verbindung, wo attestiert wird, daß derjenige ist „arbeitslos“. (Siehe Fall Schäfer.) Wir fragen: Ist diese Handhabung bestimmt vom Landesarbeitsamt, oder ist dies Eigenmächtigkeit der Freiburger Wähler? Wir erachten eine Antwort des Landesarbeitsamts als unumgänglich notwendig. Vielleicht sieht sich auch das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium diesen Fall ebenfalls einmal an.

## Wie Staatsmittel bergendet werden

**Freiberg.** Immer und immer wieder, wenn es sich um Mittel zur Linderung der Not der Erwerbslosen, Sozialrentner und sonstigen Hilfsbedürftigen handelt, hört man von den staatlichen Machthabern: „Kein Geld!“ Zur Zeit wird nun in Freiberg das bisherige Gebäude des Sächsischen Knappschafts umgebaut, wobei man aber keinesfalls etwas von dem Kauf „Kein Geld!“ hört. Angeblich, weil die bisherigen Räume nicht ausreichten, erwarb man noch das Nachbargrundstück dazu, und jetzt wird nun der gesamte Komplex umgebaut, was nach neuester Information nur 85 000 RM Kosten betragen soll. Es werden dort neue Ziergärten eingearbeitet, die ganze Fassade wird, trotzdem an dem Abzug noch nichts auszuholen war, neu gepußt, das Dach wird vollständig umgebaut. Im Kellergehoß befinden sich Sandsteinblöcke werden in Ziegelhülle ausgearbeitet und eine Ziegelfassade eingearbeitet. Wenn wirklich das Geld stets zu den notwendigsten Ausgaben fehlt, so erachten wir die Frage für sehr berechtigt: „Warum dieser kostspielige Umbau?“ Um so mehr noch, als darüber noch drei bisherige Wohnungen leer gestellt wurden. Es wird dringend notwendig sein, daß die kommunizistische Landtagsfraktion ob dieser Ausgaben einmal Aufklärung von der Regierung verlangt. Oder sollen etwa diese Ausgaben aus den Knochen der sächsischen Berglumpen herausgemittelt werden? Jetzt sieht, daß bei einem Neubau für diesen Preis sich nicht nur dieselben Räume gewinnen ließen, sondern auch noch zwei bis drei Neubwohnungen mit erstellt werden konnten.

## Ungeklärte Handlung eines Polizeibeamten?

**Freiberg.** Im Goldhaus Goldene Krone findet allwöchentlich Freitags Tanzveranstaltungen statt. Am Freitag dem 23. August entstand nun während dem Tanz (wahrscheinlich als Sondereinlage) in einer Saalecke Feindbegegnung einiger Raufkünstler, die soweit ausartete, daß sich die Krieger gegenseitig in die Nase bißten. Wenn nun auch nicht von uns gelangt sein soll, daß wir etwa das Vorkommnis verteilen, so ist damit aber noch lange nicht bedingt, daß wir das nachfolgende kritisch vorübergehen lassen müssen. Als aus Anlaß der Plänkelei in der Ecke sich anwesende Schumann Heinrich (derselbe, der vor reichlich Jahresfrist schon einmal von uns zurechtgewiesen werden mußte, weil er — ohne die geringste Befugnis dazu — unseren Austrägern verbieten wollte, daß dieselben im Gerichtssaal an als Zuhörer anwesende Leser der Arbeiterstimme die Zeitung ausliefern) einen Schlagring aus der Taube gezogen haben und den Wirt um die Beauftragung zur „Saalräumung“ ersucht haben soll. Wir finden, daß dieses uns gefährdete Benehmen weit über die Befugnisse eines an öffentlichen Plätzen zufällig anwesenden Polizeibeamten geht, und erwarten, falls sich unsere uns unterbreitete Mitteilung als zutreffend erweist, baldigt eine entsprechende Zurechtweisung des betreffenden Beamten.

## Ein russischer Brief

Die Imperialismen er können verstanden werden, jedoch in Modoren. Sie haben das größte Interesse daran, daß die Welt über den ungeheuren Reichtum in der U.S.A. nicht publiziert wird. Mit um so größerem Interesse müssen die Weltbürger die Wahrheit über den ersten Weltkrieg und dessen Ursachen wissen. Dazu soll u. a. auch die Kollaboration mit unseren russischen Arbeitskräfte beitragen.

Rosow am Don, den 24. 8. 28.

## Lieber Freund!

Deinen Brief und beigelegte 18 Photos habe ich erhalten und danke Dir. Die Photos machten starken Eindruck auf mich und meine Freunde. Ich beneide Dich um Deine herrliche Wanderung. Deine Mitteilungen über die Preise der notwendigen Bedarfsartikel sind sehr wertvoll worden durch die Norddeutsche Radiostation.

In meinem letzten B. habe ich wahrscheinlich vergessen, Dir mitzuteilen, daß alle deutschen Zeitungen und Zeitschriften

## Die große Kellovo-Parade

Er ist perfekt, Gott sei's geklagt.  
Der vielgerühmte Kellovo-Fest.  
Die Komödie nahm ihr Ende  
In Paris, als Friedensblende.  
Im „Adressbuch“, vergangener Tagen,  
„Nun weiß man's was die Glock' geschlagen:  
„Gedächtnis“ sei der Krieg für immer!  
Der Friede jedoch noch weit schlimmer,  
Denn sie rüsten zur Genüge,  
Aber nur zum „Abwehrkriege“ — — —  
Jeder ist wie'n Engel rein  
Und will nicht 's Karniel sein!  
Hierzu, ohne Federleien  
Hat man Russland auserteilen  
— Her drum, frisch, frei, fromm, juchhe,  
Fortschrittler A. B. C. D. —  
Kurzum, die weißen Diplomaten  
Sogenannter Friedensstaaten,  
Vermerken ihren Namenszug  
Unter dem großen Weltbetrug  
Und — — „Deutschland in der Welt voran!“  
Als erster Gruß an Stresemann,  
Schied drunter den berühmten Namen.  
Deutschland über alles, Amen.

V. Streyewicz

auch bei uns erhältlich sind. Man kann sie auf allen Straßen kaufen (A. B. W. Z.). Aber weniger verbreitete Zeitschriften möchte ich von Dir zu haben.

In unserem Lande sind wir jetzt sehr beschäftigt. Unsere Arbeiter-Regierung hat eine Anleihe von 500 000 000 (hundert Millionen) Rubel ausgeschrieben, um das Land zu industrialisieren. Alle Arbeiter und Bauern hätten den Rubel der Regierung und kauften eisen und schnell die Aktien. Ich selbst kaufte für 100 Rubel, und mein Sohn (17 Jahre) kaufte für 100 Rubel. Diese Aktien sind die Waise von alle unsere Väter.

Diesem Brief lege ich eine illustrierte Zeitschrift „Das rote Feld“ bei, mit Uebersetzung der interessantesten Bilder und Kartaturen. Wenn Du Gelingen an deiner Zeitschrift findest und sie verdienen kannst, werde ich Dir gern solche mit Uebersetzung schicken.

Jetzt will ich meinen Brief beenden. Es ist schon 4 Uhr morgens. Ich habe mich erlöst und hüte davon. Weil ich

nicht schlafen kann, habe ich hier und schreibe Dir diesen Brief. Die Sonne geht schon auf.

Indem ich Dir einen guten Morgen wünsche, erwarre ich Deine Antwort.

Dein Florov.

Uebersetzt von der Arbeiter-Experten-Gruppe Plauen.

NB. Um unseren Genossen und dadurch der Arbeiterschaft des Norddeutschen Interessantes und wertvolles Material liefern zu können, bitten wir unsere Leser, uns gefundene Zeitschriften (außer N. Z.), z. B. „Eulenspiegel“ usw., zur Verfügung zu stellen. Sendungen sind zu richten an Kurt Eulis, Dresden-N. 27, Hohe Straße 100.

## Gacco-Banzetti-Kundgebung

in Heidenau am 4. September 1928. Beginn 19.30 Uhr Schützenhaus. Rezitationen von O. Voßmann, Dresden. Referent: Herbert Wehner.

**Zeichenereignis.** Schwere Unglücksfall. Am Sonntagabend ereignete sich um 17 Uhr beim Goldenen Löwen in Ebersbach ein schweres Motorradunfall. Der Gasthofbesitzer Andreas Lehmann und auf dem Soziusplatz sein Schwiegersohn Willy Tobit (Zeichenereignis) kamen bei der Kurve am Goldenen Löwen durch Defekt des Hinterrades so zum Sturz, daß der Schwiegersohn das Genick brach, wodurch sofort der Tod eintrat. Der Gastwirt Lehmann wurde in die Dr.-Wandelsche Klinik in Ebersbach gebracht. — Schaden 5000.—. Am Sonntag erlöschte um 18 Uhr Feuer in einem Ort. Es brannte das dem Gasthofbesitzer Tobit gehörige Wohnhaus. Die sofort herbeigelaufene Feuerwehr konnte den Brandherd auf den Dachstuhl beschränken. Bemerkenswert ist dabei, daß sämtliche im Hause Wohnenden nicht anwesend waren.

## Opfer eines Autounfalls

**Eben.** Der bei dem Automobilunfall bei Eiserode am Freitag schwerverletzte Kaufmann Franz Albert Hebler aus Eichen ist gestorben. Der zweite Schwerverletzte, der Fingerringabstößler Rolf Gurtwisch aus Dresden, wurde in ein Dresdener Krankenhaus gebracht.

## Hohes Lebensalter

**Rehwein.** Am Donnerstag starb Rehweins ältester Einwohner, der Privatmann Otto Heinrich, im 94. Lebensjahre.

**Steinigwaldsdorf.** Am Mittwoch starb im Alter von 91 Jahren die älteste Einwohnerin des Ortes, Frau Johanne Eleonore Pöschel.

**Fernsprechverkehrsstelle Pillnitz-Dresden.** Zwischen Dresden und Pillnitz wurde vom 2. September an der Fernsprech-Schnellverkehr eingerichtet, d. h. die Verbindungen werden sofort bei der Anmeldung ausgeführt. Für den Schnellverkehr gilt die Benutzungsanweisung unter R. 3 auf Seite 10 des amtlichen Fernsprechbuchs (Ausgabe 1927). Will z. B. ein Teilnehmer in Dresden mit einem Pillnitzer Teilnehmer sprechen, so wählt er mit der Nummernscheibe die Zahl 9 (Vorortssamt), nennt seine eigene Anschlussnummer und die Rufnummer des gewünschten Teilnehmers in Pillnitz; er erhält dann die Verbindung sofort, ohne den Hörer wieder anhängen zu müssen. Will in umgekehrter Richtung ein Pillnitzer Teilnehmer mit Dresden sprechen, so ruf er in gewöhnlicher Weise das Amt an, das sich künftig mit „Hier Pillnitz“ meldet, nennt seine eigene Rufnummer und sagt „bitte Dresden“; nachdem sich die Beamten in Dresden mit „Hier Dresden“ gemeldet hat, nennt er die Nummer des gewünschten Anschlusses und wartet mit dem Hörer am Ohr auf die Meldung des Verlangten. — Aus technischen Gründen kann zunächst nur der Schnellverkehr zwischen Pillnitz und den Selbstanschlüssen der Ortsnetze Dresden aufgenommen werden. Der Verkehr mit den benachbarten Versorgungsstellen Kötzschenbroda, Riebersdorf und Kadobau-Oberlöhnsitz des Ortsnetzes Dresden sowie mit den übrigen zum Vorort- und Schnellverkehrsnetz Dresden gehörenden Ortsnetzen Freital, Heidenau, Pirna, Kadobau, Cosselbude und Klöschke muß wie bisher über das Fernamt Pillnitz abgewickelt werden, das auch den übrigen Fernverkehr weiterleitet vermittelt.

### Weshalb „Alma, die Margarine für Alle“?

**Weil** nur beste oder Hausfrau längst bekannte Lebensmittel, nämlich feinste Speiseöle und Fette mit bester Milch verbuttert, bei der Herstellung Verwendung finden.

**Weil** dadurch leichte Verdaulichkeit, größter Nährwert, Wohlgeschmack, Haltbarkeit, Ergiebigkeit und allgemeine Verwendung zum Backen, Kochen, Braten und als Brotaufstrich gegeben sind.

**Weil** „Alma“, wie ihre Schwestermarke „Blauband“ in den modernsten eingerichteten deutschen Fabriken auf Grund von 50jähriger Erfahrung penibel sauber hergestellt wird und täglich frisch in den Handel gelangt.

**Weil** „Alma“ in jeder Beziehung teure Butter ersetzt und der wirtschaftlichen Hausfrau hilft, nahrhafte, kräftige und bekömmliche Speisen zu bereiten.

Versuchen Sie deshalb noch heute die neue Marke „Alma, die Margarine für Alle“! Der Preis ist äußerst niedrig.

Das Pfund kostet nur 85 Pfennig

# ALMA

DIE MARGARINE FÜR ALLE



# Nach dem Bundesstag des Deutschen Verkehrsverbundes

Am Freitag, dem 17. August, haben die Beratungen des 13. Bundesstages des Deutschen Verkehrsverbundes ihren Abschluß gefunden. Was hat diese Tagung den Mitgliedern, nachdem auch sie, wie die übrige Arbeiterklasse, immer wieder Rückschlüsse erhalten haben, gebracht? Die von einem Teil der reformistisch eingestellten Mitglieder gehegten Erwartungen, daß der Bundesvorstand nach den gemachten Erfahrungen wenigstens so zum würde, als wollte er seine falsche und gefährliche Politik ändern, sind nicht eingetroffen. Im Gegenteil. Es ist das eingetreten, was wir vor Statistiken des Bundesstages vorausgesehen haben. Das zeigte sich auch bei dem von der Opposition geforderten Tagesordnungspunkt: „Die drohende Kriegsgefahr und die Aufgaben der Transportarbeiter“. Aengstlich waren die Beherrscher des Bundesstages bemüht, daß diese für die Arbeiterklasse eminent wichtige Frage nicht zur Sprache gebracht wurde. Hatte doch zwei Tage vor Beginn des Bundesstages die Reichsregierung einschlägig der sozialdemokratischen Minister die Mittel für die neuen imperialistischen Rüstungen der deutschen Bourgeoisie bewilligt. Die Opposition brachte eine Entschließung ein, die diesen Dienst der Sozialdemokratie für die Bourgeoisie brandmarkte. Jene Delegation, die durch ihr Verhalten den oppositionellen Redner daran hinderten, die Entschließung zu begründen, haben die Gefahr, die auch ihnen droht, nicht erkannt. Wie ernst diese ist, das beweist doch auch ein Artikel, der von Edo J. in Stockholm stattgefundenen Tagung der IZ geschrieben wurde. Dort heißt es u. a.:

„Wäre der Kongreß der IZ in Stockholm der Beschluß des Kongresses von Oslo eingetragene und getragen vom selben Geiste, der die Delegierten in Oslo befehlte, die die IZ rückten, ihren Wirkungsbereich erweitern und sie selber zu einer Macht gestalten, die stets mehr und stets besser imstande ist, den rücksichtslosen Kampf gegen den Kapitalismus und seine Spitzel, Militarismus und Imperialismus, zu führen, bis der Endsieg errungen, der Kapitalismus gelähmt und die sozialistische Gemeinschaft Tatsache geworden ist.“

Der Bundesvorsitzende Schumann, der die Behandlung dieser Frage verhinderte, erhielt von den reformistischen Delegierten die weitestgehende Unterstützung bei seinen Abwägungsmethoden. Er erhielt sie von jenen Delegierten, die zu allem, was Schumann auf dem Verbandstag tat, Ja und Amen sagten und mit einem Kopfnicken oder „Sehr richtig“ hinhimmeln. Das war ja auch das einzige, was viele von ihnen im Gegensatz zu der Rückständigkeit der oppositionellen Delegierten auf dem Bundesstag geleistet haben. Von anderen Dingen gar nicht zu reden. Dafür aber dachten sie bei ihrer Rückkehr umlocher in ihren Ortsgruppen über die „verrückten Ideen“ der Kommunisten, wie sie von Schumann und anderen auf dem Bundesstag bezeichnet wurden, schimpften. Diesmal aber wird ihnen die Verteidigung ihrer Haltung auf dem Bundesstag gegenüber den Mitgliedern nicht so leicht sein, denn diese wissen, was die Sozialdemokratie vor der Wahl gegen den Bau des Bremer Kreuzers gesagt und geschrieben hat und jetzt ganz offen gemeinsam mit der Bourgeoisie den deutschen Militarismus aufbaut. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß Edo J. im Aufruf der IZ am Schluß der Tagung bei der Uebertagung einer roten Fahne an die Bundesleitung zur Stellung zur drohenden Kriegsgefahr nahm und dabei an die bekannte Konferenz im Haag erinnerte, die man als Weltfriedenskongreß bezeichnet und im Jahre 1922 stattfand. Dort sagte ebenfalls J.:

„Die Arbeiterklasse kennt in ihrem Kampf um den Frieden kein Ruhen und kein Halten mehr. Sie ist zur erbittertesten und rücksichtslosesten Gegenwehr entschlossen, und eher als daß sie noch einmal gemeinsam mit der Bourgeoisie Krieg führt, steigt die Arbeiterklasse, wie einer der Vertreter auf dem Kongreß in Rom gefordert hat, in die Straßen hinab zum Kampf gegen die Bourgeoisie, um den Frieden, wenn nötig, durch den offenen Aufstand in Stadt und Land zu erkämpfen.“

Schumann übernahm die Fahne aus den Händen Edo J. mit den Worten: „Ich unterschreibe Wort für Wort, was Kollege J. hier sagen hat.“ Welche elende Heuchelei! Edo J. hat auf diesem Bundesstag mitleiden müssen, welche Auswüchse der Reformismus auch in dieser Frage bei der Mitgliedschaft hervorgerufen hat.

Die Opposition war von vornherein davon überzeugt, daß die Bureaucratie den härtesten Kampf nicht nur ansetzen, sondern auch durchzuführen würde. Deshalb kommen die Beschlüsse in all den anderen Fragen diesen Kollegen nicht unerhofft. In rücksichtsloser und brutaler Form hat der Bundesvorstand seine allzu bekannte reformistische Einstellung, die vor allem in der Verteidigung der Wirtschaftsdemokratie ihren Ausdruck findet, verteidigt und in den Beschlüssen festlegen lassen. Der Bundesvorsitzende Schumann versuchte zur Täuschung der Mitglieder den „Radikalen“ zu mimen und vermehrte sich gegen die oppositionellen Angriffe, indem er erklärte: Man könne ihn doch nicht nachsagen, daß er zu den Leuten gehöre, die die Organisation in das wirtschaftsfriedliche Fahrwasser lenken möchten. Solche

zur Verhütung der Mitglieder angewandten Worte zeigen die ganze Jämlichkeit dieser vollständig im reformistischen Sumpf liegenden Bureaucratie. Was war denn dieser Bundesstag anders, als eine Parade von belohnten und unbefohlenen Arbeiteraristokraten, die längst zerfallen haben, welches die Grundzüge der Gewerkschaftsbewegung sind. Wurden auch nur in einem Referat Worte gesprochen, die besagten, daß die wirtschaftliche Entwicklung die Klassenverhältnisse immer härter gestaltet und infolgedessen das Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse gewandelt und gestärkt werden müsse? Eine ganz besondere Glanzleistung in der Verteidigung reformistischer Ideologien war das Referat von K. über die neuere, arbeitserziehlende und soziale Gesetzgebung. Auch das von Dr. Hertner über „Verkehrspolitik und Verkehrsrecht“ zeigte die Linie auf, die für den Bundesvorstand maßgebend ist und nur die gemeinsame Arbeit mit der Bourgeoisie und nicht deren Bekämpfung in den Vordergrund stellt. Besonders dieser Herr war es, der langjährigen Kollegen den Vorwurf der Unkenntnis machte, trotzdem er selbst noch die Eierhäute hinter den Ohren hat. Heute vom Schläger Dr. Hartneds brauchen heute die Gewerkschaften als Tummelplätze für die Verbreitung ihrer Aufstellungen. Ein paar Semeler, und dann werden diese Herren von der Bureaucratie auf die Arbeiterklasse losgelassen, um dann zuletzt doch wieder bei den Unternehmernorganisationen als Sandstroläher oder andere Angestellte zu landen.

Besonders wichtig waren auf dem Bundesstag die Ausführungen über die Lohn- und Arbeitszeitfragen und das damit verbundene Schlichtungswesen. Daß früher die Gewerkschaften über die Frage des Lohnkampfes hinaus auch für den politischen Kampf des Proletariats zu sorgen eifrig bemüht waren, brauchen allerdings solche Paragrafenmenschen wie K. und K. nicht ausdrücklich zum Schlichtungswesen sprach, nicht zu wissen. Heute ist diese „Gewerkschaft“ dafür, daß nicht nur die politische Bedeutung der Gewerkschaften, sondern auch deren wirtschaftliche Bedeutung mit und treffen alle Maßnahmen, um die Gewerkschaften zu bloßen Unterstützungsinstrumenten herabzubringen. So hatte denn auch der Bundesstag auf Vorschlag des Bundesvorsitzenden die Inaktivität der Gewerkschaften, die die Vertreter des bürokratisch-kapitalistischen Staates, der ja nach K. nicht mehr besteht, haben alle Ursachen, den Bundesstag für diesen Schritt zu danken, denn durch den gelösten Beschluß wird dem Staat zweifellos eine Belastung, die er tragen müßte, abgenommen. Denn während die Führer dieses Staates in ihren Verträgen, die Sozialversicherung abzubauen, mit aller Energie fortsetzen, kommt ihnen die Gewerkschaftsbureaucratie entgegen und baut auf Kosten der Arbeiter die privaten Unterstütsungseinrichtungen aus. Also nicht zur Aktivität, sondern zur Schaffung von Unterstütsungseinrichtungen werden die Arbeiter erzwungen, damit sie dann, wenn sie vom Unternehmer auf die Straße geworfen werden, „verlor“ hat. Kann sich das Unternehmertum bessere Helfer zur Verteidigung seiner Interessen wünschen?

Nach ein Wort zu den auf dem Bundesstag beschlossenen Maßnahmen gegen die Opposition hinsichtlich der proletarischen Demokratie. Nicht nur, daß der Bundesvorstand in seinem Antrag das Verbot der Gewerkschaftsorganisationen aller Gewerkschaftsorganisationen forderte, sondern die reformistischen Delegierten unterstützten, sondern auch die Ausschaltung der Opposition durch Beteiligung der Urwahlen wurde auf dem Bundesstag beschlossen. Schon bei den Beratungen über das Statut wurde die Opposition, die teilweise eine immerhin ansehnliche Zahl von Delegierten — über 40 Stimmen — gegen die reaktionären Pläne des Bundesvorstandes mobilisieren konnte, rücksichtslos unterdrückt. Kennzeichnend ist doch, daß Dr. B. vom Bundesvorstand die Beratung der von der Mitgliedschaft einbrachten Anträge zum Statut als Zeitverschwendung bezeichnet und der Bundesvorsitzende Schumann diese Anträge sogar als sinnlos hinstellte. Nach dessen Auffassung war ein Antrag, die Betriebsräte alle zwei Jahre zusammenzusetzen, ein weiterer Unfug. So war die Beratung des Statuts ein erneuter Beweis dafür, daß der Vorstand in Zukunft das Statut nur in seinem Eigeninteresse anwenden will, um dann mit legalen Mitteln das zu tun, was er bisher unter Verletzung des Statuts unternommen mußte, nämlich die Unterdrückung der Opposition. Die Beteiligung der noch vorhandenen minimalen Reste der Mitglieder wird die Erbitterlichkeit der Schumanns und Konferten vollständig aufrechten. Nehmen die Mitglieder die Beschlüsse des Bundesstages widerstandslos hin, dann werden sie erleben, daß der Bundesvorstand noch rigorosere gegen jedes Mitglied vorgeht, das sich erlauben sollte gegen die Maßnahmen der Bureaucratie auch nur zu protestieren. Das zeigt sich bereits auf dem Bundesstag, als ein reformistischer Delegierter es wagte, einen in seiner Ortsgruppe angenommenen Antrag zu verteidigen. Er wurde von Schumann wie ein dummes Junges behandelt.

In der Frage der Industrieverbände gab Schumann in kurzen Auswüchsen das „Ergebnis“ der Zusammenkunft der Verhandlungen zwischen den in Betracht kommenden Organisationen wieder. In einer Entschließung, die vom Bundesstag ange-

nommen wurde, wird gefordert, die Verhandlungen, die bisher ergebnislos verlaufen sind, fortzusetzen. Infolge der nichtwandelnden Haltung der Gewerkschaftsorganisationen mußten diese Verhandlungen ergebnislos verlaufen. Bezeichnend ist, daß die auf dem Gewerkschaftskongreß in Breslau angenommenen Beschlüsse betreffend Schaffung von Industrieverbänden in der erwähnten Entschließung als ein Fortschritt hingestellt wurden, wogegen sich allerdings die Opposition mit einer Erklärung wandte. Die auf dem Bundesstag erfolgte Lage Behandlung der Zusammenkunftfrage ist ebenfalls ein Beweis für die Zusammenziehung dieses Bundesstages, denn außer drei Bureaucratie nahmen nur der Vertreter der Opposition Stellung zu diesem ernsten Problem. Die Mehrheit der Delegierten hörte den nichtwandelnden Bericht Schumanns interessiert an und schweig.

So hat der Bundesstag die Mehrheit der bisherige Politik des Bundesvorstandes gutgeheißen. An Positivem hat er wirklich nichts geleistet. Die Auseinandersetzungen, die von der Opposition im Sinne des Klassenkampfes geführt wurden, waren der Bureaucratie unangenehm. Man war eifrig bestrebt, unter Anwendung aller Mittel die scharfe Kritik der oppositionellen Redner zu verhindern. Geradezu provozierend für die gesamte Mitgliedschaft des Verkehrsverbundes ist das Verhalten der führenden Leute dieser Organisation gegen betriebsständige oppositionelle Arbeiter, die so gut wie es konnten, ihre Auffassung auf dem Bundesstag zum Ausdruck brachten. Daß diese Einstellung der reformistischen Führer, die selbst der „linken“ Leipziger Volkszeitung sehr unangenehm war, beweist ja u. a. der Zusammenstoß des Bundesvorstandes mit der Redaktion betreffend die Richterstattung. Man muß schon sagen, daß dieser Bundesstag alles bisher Dagewesene überbietet. Selbst die scharfe Schreibe Ludwigs wurde von der Mehrheit der Delegierten gutgeheißen. Gewiß, noch steht ein großer Teil der Mitgliedschaft die drohende Gefahr nicht. Sie geben sich zum Teil der Erwartung hin, daß es möglich sei, auf dem Wege der Wirtschaftsdemokratie das Ziel der Arbeiterklasse zu erreichen. Doch der Bundesstag wird bei einem großen Teil dieser Mitglieder diese Illusionen zerstören, denn die Vorkämpfer der Bureaucratie des Bundesvorstandes, insbesondere in den Lohn- und Arbeitszeitfragen, tragen nicht dazu bei, die Arbeiterklasse aus ihrer elenden Lage herauszuführen. So wird an der Mitgliedschaft liegen, jetzt, nachdem der Bundesstag vorüber ist, ernsthaft über das nachzudenken, was die Opposition vor Statistiken dieser Tagung bei den vorbereitenden Sitzungen und Beratungen gesagt hat, und wir sind gewiß, daß der Verlauf und die Beschlüsse des Bundesstages dazu beitragen werden, den Widerstand gegen die weitere Verbürgerlichung der Gewerkschaften zu stärken. Das einzige Mittel im Kampf gegen die Bureaucratie, gegen die reformistische Politik ist die Schaffung einer geschlossenen Opposition, die klar und selbstbewußt gegen die Schattlinge in der Gewerkschaftsbewegung vorgeht. Dieser richtige Weg muß auch von der Mehrheit der Transportarbeiter erfaßt werden. Die Opposition hat auf dem Bundesstag im Sinne der Mitgliedschaft gearbeitet, jetzt haben die Mitglieder in den Ortsgruppen das Wort.

## Die Unternehmer machen das Arbeiterbudget

Nach ein Stück „Wirtschaftsdemokratie“

Der Unternehmer der Sandkühlfabrik Otto Weber in Elmshorn. So will seinen Arbeitern beweisen, wie sie mit den erbärmlichen Löhnen, die in der Textilindustrie gezahlt werden, auskommen können. Er ließ einen Vorkauf mit folgender Aufzeichnung der Haushaltsaufstellung einer Arbeiterfamilie durch seinen Betrieb geben:

Wöchentliche Ausgaben für eine Familie mit zwei Kindern:

Täglich Frühstück	RM 1.--
Mittag	1.50
Abendbrot	1.--
7 x RM. 3.50 = 24.50	
Wöchentlich Licht	1.--
Seifung	1.--
Kleidung	2.--
Wohnung	2.--
RM. 30.50	

Dieser Unternehmer zeigt so richtig, wie die Ausbeuter denken, mit denen die ADGB-Führer die „Wirtschaftsdemokratie“ verwirklichen wollen.

In der Berechnung der Ernährung (37 1/2 Pf. pro Wahlzeit) ist weiter kein Wort mehr zu sagen. Der Ausbeuter hält ein Loch oder einen Spalt für RM. 8.50 monatliche Miete gut genug für Arbeiter, und daß die Profitorientierten Kulturbedürfnisse haben dürften, ist ja selbstverständlich.

Das traurigste ist, daß nicht einmal alle Arbeiter im Betriebe dieses Unternehmers wöchentlich RM. 30.50 verdienen.

So sieht es in der deutschen Republik aus. Die Arbeiterklasse hat allen Anlaß, sich unter Führung der gewerkschaftlichen Opposition zusammenzuschließen, um sich menschenwürdige Lebensbedingungen zu erkämpfen.

Verantwortliche Redakteure: für Innere und Außenpolitik: Rudolf Kerner, für Welches Gewerkschaftliches Leben und Aussehen: Richard Spang, für den Jüdischen: Max von Sauerst. Illustration: in Dresden, Verlag: Dresden Verlagsgesellschaft - Prof. „Venus“ Bräuerstraße 10/11

## STÄDTE UND JAHRE

Roman aus dem alten Deutschland und dem neuen Rußland von Konstantin Fedin

Einzig autorisierte Übersetzung aus dem Russischen von D. Dmitri (Umanaki) Copyright by Malik-Verlag, Berlin

(42. Fortsetzung)

Vor dem Bismarcksberger Bahnhof stand für den König ein altmodischer, geräumiger Wagen bereit. Er setzte sich neben den Oberbürgermeister, und die eisenbeschlagenen, mit Petroleum geputzten Räder rollten die Hauptstraße entlang. Die gestärkten Untertanen, die die Bürgersteige besetzt hielten, vergaßen angelegentlich einer solchen Einfahrt die Hute abzunehmen. Die Schulknaben umringten den Wagen und ließen lärmend und lächelnd nebenher. Seine Majestät streifte gutmütig die Zigarettenasche auf die Köpfe der Jungen ab und ermunterte sie, sich an den Wagen zu hängen und an den Radachsen festzuhalten.

„Sieh mal an,“ sagte ein Bürger zu seiner Frau beim Anblick des Herrschers, „er hat einen Saffo ganz wie Schwager Hans.“

So ermattete des ehrbaren Bürgers Bewunderung für den Helden. Am Tage des Sieges über Großbritanniens Marine und der Ankunft des Königs in Bismarcksberg, in jenem Augenblick, da die letzten Krügen gebügelt wurden und die Schiffe fertig geputzt waren, rief Frau Urbach, durch den Salon eilend: „Marie, Marie, Marie!“

Sie war betört aufgeregt, daß sie vergaß, ihren Stock mit der Rausschulckapfel mitzunehmen und daher deutlich hinkte. Sie schrie atemlos: „Marie, Marie, Marie!“

Und als sie in das Zimmer ihrer Tochter geeilt kam, platzte sie mit fliegendem Atem heraus: „Wo sind unsere Fahnen, Marie? Was bedeutet das? Wo sind die Fahnen?“

Marie knöpfte eben das Kleid auf dem Rücken zu und fragte: „Was ist geschehen?“

„Die Fahnen, die Fahnen! Bei uns sind die Fahnen nicht gehängt!“

„Warum wendest du dich mit dieser Frage an mich?“

Frau Urbach hielt sich an der Stuhllehne fest. „Ich habe wohl nicht recht gehört, Marie?“ murmelte sie.

„Ich sage, daß ich nicht weiß, warum bei uns keine Fahnen hängen.“

„Wirklich? Weist du nicht, warum sie gehängt werden müssen?“ Marie hob ihren teilnahmslosen Blick zu ihrer Mutter empor. „Wirklich? Ich weiß es nicht.“

Frau Urbach ließ sich im Lehnhuhl nieder. Unglaublich! Erst vor einer halben Stunde hat dieses unseltsame Wesen vernünftig mit ihr gesprochen!

„Wir haben doch verabredet, Marie —“ begann Frau Urbach, indem sie Atem schöpfe und sich bequemer zurechtlegte: man mußte das gestörte Gleichgewicht wieder in Ordnung bringen.

Marie kam ihr zuvor. „Ich versichere dir, daß gar nichts vorgefallen ist. Ich bin eben davon, zum Bahnhof zu gehen und komme dann ins Rathaus. Ich werde deinen Auftrag genauere ausführen. Du mußt dich anleiden, laßt verpöbeln du dich.“

„Aber die Fahnen, die Fahnen!“

„Wegen der Fahnen bitte ich dich, jemand anderem zu bemühen.“ Marie drach plötzlich in lautes Lachen aus. „Recht auftrage damit zum Beispiel Papa! Wahrscheinlich! Papa würde doch mit Vergnügen jeden Morgen die Fahnen hängen! Das wäre ausge—t—t—t!“

Frau Urbach hatte sich langsam erhoben. Ihr Kopf war schwer und die Augen erlosch. Ihre Gestalt wirkte monumental, mit dem an den Hüften auseinanderstehenden schwarzen Kleide, mit der erhobenen starren rechten Hand. Ihren trampfhaft zusammengedrückt blauen Lippen entrang sich ein scharfes Flüstern.

„Ein für allemal: Ich werde nicht nur deinem Vater, sondern auch dir nicht erlauben, auch über mich lustig zu machen.“ Sie wandte sich um und ging wie eine besessene Flimbiere zur Türe hinaus, erhoben — und fast ebenso lautlos.

Frau Urbach verwirte einige Zeit in ihrem Zimmer im Lehnhuhl und schälte sich mit dem Tischtuch.

Denn hätte sie dem Dienstmädchen, ließ die Fahnen hängen und begann sich anzuleiden. —

Was sich drei Stunden später im großen Saal des Rathauses abspielte, wo sich die Wochstädtkeits- und anderen Vereine dem König vorstellten, verdient die eingehendste Beschreibung. Solch eine Beschreibung hierette die „Bismarcksberger Morgenzeitung“, wo jeder neugierige Leser das ganze Zeremoniell

und unter anderem auch die ausgeführte Rede finden konnte, die der Kaiser der „Gesellschaft der Freunde des Ehrenganges“ Paul Hennig im Namen der Gewerkschaft der Freilehrer gehalten hatte. Hier aber soll nur ein unbedeutendes Detail daraus erzählt werden, das der Redakteur der Morgenzeitung diplomatisch unterdrückt hatte, da er wohl wußte, was er in seiner hohen verantwortungsvollen Stellung zu tun und zu lassen hatte.

Kurz vor dem Augenblick, da Seine Majestät, in Begleitung des Oberbürgermeisters, sämtlicher Stadträte und seines Adjutanten von einer Delegation zur anderen gehend, sich der Frau Urbach näherte, blühte diese zuckend um sich nochmals davon zu überzeugen, daß Marie hinter ihr stehe. Denn einige Minuten zuvor hatte Frau Urbach gesehen, wie ihre Tochter, umringt von zahlreichen schlüpfeligen Mädchen und Frauen, zu ihr trat.

Und siehe da, Seine Majestät steht nun Aug' in Aug' mit Frau Urbach.

Der Oberbürgermeister spricht mit besonderer Befriedigung: „Frau Urbach, geborene von Freyleben, Ehrenvorstand der Bergpflanzungsstelle, Vorsitzende —“

Frau Urbach erwidert in tiefem Volkston: „Seine Majestät reicht ihr die Hand und unterbricht den Oberbürgermeister: —“

Von Ihnen, gnädige Frau, wurde mir bereits in meiner Residenz berichtet. Das Ehrenzeichen Friedrich Augusts erwartet Sie in Dresden.“

„Majestät“ sagt Frau Urbach und erwidert wieder im Knig. Als sie sich erhebt und sieht, daß Seine Majestät noch immer gnädig zu lächeln beliebt, spricht Frau Urbach leise: „Majestät gehalten, daß ich meine Tochter vorstellen, Fräulein Marie Urbach —“

Sie wendet den Kopf nach rechts und begegnet einem erstaunten und verfahrenen Blick. Sie wendet den Kopf nach links und begegnet einem fremden, erschrockenen Gesicht. Und plötzlich brennen ihr von rückwärts fremde, fiebernd hastige Worte ins Decolleté:

„Fräulein Marie ist nicht hier.“

„Sie können Ihre Tochter nicht finden,“ hört sie, „Ummächtiger, hat dies der König gesagt?“

„Majestät“ flüstert Frau Urbach —

„Kleinigkeit!“ lacht Seine Majestät. „Mir ist heute noch was Besseres widerfahren. Man nannte mich hier den Löwen der See, aber mir wird übel, wenn ich nur über den Eisbär gehen muß —“

(Fortsetzung folgt.)

